Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenberichte, Fremdenliste. Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postaufschlag. Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 Vorm. 8–5 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang. Dresden, 1894.

Lobeck & Co.,
Hoflieferanten Seiner Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Altmarkt 2.**

D.R. Patent. Thüre zu! Thüre zu!
Vollkommenster, selbstthätiger, geräuschloser
Thürschliesser.
Prospecte gratis und franco. **70,000** Stück im Gebrauch.
Curt Heinsius, Dresden-N., **Tieckstr. 12.** pt. 27.
(Fernsprechamt II, Nr. 3190.)

Tapisserie-Manufactur
Altmarkt **C. HESSE** Altmarkt
Königl. Hoflieferant
Aeltestes und **grösstes**
Special-Geschäft für **Tapisserie.**
Reichste Auswahl. —— Billigste Preise.

Comprimirte **Citronensäure**
gegen Hitzschlag, unentbehrlich für Militärs, Touristen, Radfahrer etc. Glas Mk. 1.25, 90 Pf. und 60 Pf., versilbert Mk. 1.75, Mk. 1.00 und 75 Pf. Versandt nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden,
Georgenthor.

H. Kumpert
Dresden-A., 15 Waisenhausstrasse 15.
Stets moderne und **feine Neuheiten**
in allen Arten Hüten, Schirmen, Shlipsen, Handschuhen etc.
Schirmbezüge in 1 bis 2 Stunden.

Photographie von **Hahn's Nachf.**
Specialitäten: **Kinder-** und **Gruppen-Aufnahmen,** Visitkarten-Photographien 12 Stück 6 Mark. **Vergrösserungen** nach jedem Bild in künstl. Ausführung.
Jetzt: Waisenhausstr. 16,
gegenüber dem ehemaligen Victoria-Hotel.

Nr. 222. **Spiegel:** Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts. Hofnachrichten. Internationale Ausstellung für Nahrungsmittel. Sterblichkeit der Säuglinge. Zusammenstellbare Fahrscheinhefte. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. **Freitag, 10. August.**

Politisches.

Zeter und Mordio schreien in der Presse die Stimmführer der Caprivi'schen Reichstagsmehrheit über die angekündigte Einschränkung des preußischen Vereins- und Versammlungsrechts zur Eindämmung der sozialdemokratischen Propaganda. Demokratische Blätter aller Schattirungen, die sich soeben noch in begeisterten Lobeserhebungen über den „Muth der Kaltblütigkeit" ergingen, den der Reichskanzler dem Verlangen nach einer energischen gesetzgeberischen Aktion gegen die Sozialdemokratie entgegenbrachte, erheben jetzt über die „reaktionären Gelüste" der Berliner Regierung ein lautes Waihgeheul. Besonders entrüsten sich die Judenblätter darüber, daß das antisemitische Sachsen, das „Eldorado der Konservativen, der Junker und Mucker", wie sich der „Börsencourier" ausdrückt, in seinem Vereinsrecht dem preußischen als Muster dienen soll. Die sächsische Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justizpraxis, manschelt das Organ Davidsohn's, soll uns als Muster vorgehalten werden? „Es wäre der höchste Grad der Verblendung, wollte man dies thun. Wenn es keine Verblendung wäre, so müßte man es Landesverrath nennen." In etwas sanfterer Tonart polemisirt Eugen Richter gegen das „Unterfangen" der preußischen Regierung, die Freiheit der Meinungsäußerung einzuschränken. „Die Handhabung des sächsischen Vereinsrechtes," schreibt die „Freis. Ztg.", „ist berüchtigt in ganz Deutschland und es gehört ein eigenes politisches Gefühl dazu, wenn man ein solches Recht nun auch für Preußen einführen will. Thatsächlich hätte darnach die Polizei die Befugniß, jede Versammlung, die in irgend einer Weise einen polemischen Ton annimmt, aufzulösen und jede Versammlung oppositioneller Richtung zu verbieten. Wie die Polizei derartig weitgehende Befugnisse im gegebenen Falle anzuwenden weiß, dafür haben alle Parteien unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes warnende Beispiele gesehen." Derselben Besorgniß geben die Organe der klerikalen Lieber'schen Demokratie Ausdruck, die mit derselben Entrüstung, wie ihre jüdisch-freisinnigen Gesinnungsvettern gegen die „reaktionären" Anwandlungen in Preußen eifern. So heißt es in einem offiziellen Parteiwaschzettel, der gleichzeitig von den verschiedenen ultramontanen Blättern gedruckt wird: „Vom ‚freien' preußischen Vereins- und Versammlungsrecht, dessen Beschränkung die ‚Nordd. Allg. Ztg.' fordert, wissen namentlich die Katholiken Preußens, welche den Kulturkampf miterlebt haben, ein Liedchen zu singen. Zahllose Versammlungen wurden damals rein willkürlich aufgelöst. Das ‚geflügelte' Wort: ‚Ueber Thema darf nicht gesprochen werden!' stammt ja aus einer polizeilich aufgelösten Versammlung von Katholiken — zahlreiche Vereine wurden unter mißbräuchlicher Anwendung des Vereinsgesetzes untersagt. Damals kam man unter den Katholiken allgemein zu der Ueberzeugung, daß das Vereins- und Versammlungsrecht dringend der Erweiterung bedürfe, wenn einigermaßen von Vereins- und Versammlungsfreiheit die Rede sein solle. Man sagt uns zwar, die Einschränkung sei nur gegen die Sozialdemokraten gemünzt. Wenn sie aber einmal Gesetz ist, kann sie gegen jeden angewandt werden, und in Preußen müssen wir Katholiken uns leider als diejenigen betrachten, die zunächst in Gefahr sind, darunter zu leiden. Soll eine Aenderung des Vereinsgesetzes annehmbar sein, so muß sie die Möglichkeit eines Mißbrauches ausschließen, einer Versammlung von Katholiken gegenüber ebenso gut wie einer Versammlung des Bundes der Landwirthe." Wuth schnaubt natürlich die Presse der Sozialdemokratie über die angekündigte Aenderung des preußischen Vereinsrechts. Das Berliner Centralorgan der Umstürzler sieht sich durch den Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." an die „blühendsten Zeiten der Verseuchung unseres öffentlichen Lebens durch die Pensionäre des Welfenfonds unter der Bismarck'schen Hausmeierei" erinnert. „Ein Verlegenheitsprodukt der Staatskunst, die nicht aus noch ein weiß, die sich drängen läßt wider besseres Wissen, ist dieser Plan, durch die Hilfe der beiden reaktionären Geldsacksvertretungen des preußischen Landtages für Preußen wenigstens ein Knebelgesetz einzuführen, das man dem Reichstage überhaupt nicht vorzulegen sich getraut."

Einige demokratische Blätter klammern sich in der Beängstigung ihres liberalen Gewissens an die Hoffnung, daß der Reichskanzler von dem Plane der Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes in Preußen nichts wissen wolle. Ein freisinniges Posener Blatt bestreitet, daß die Wilhelmstraßenmänner hinter dem Artikel der „N. A. Z." stehen. Wahrscheinlich habe Graf Caprivi, ganz wie andere Sterbliche, erst aus der Lektüre dieses Blattes erfahren, was sein Kollege Unter den Linden, der preußische Ministerpräsident Graf Eulenburg, über die beste Methode der Bekämpfung der sozialistischen Ausschreitungen denke. Eine ähnliche Ansicht vertritt ein ultramontanes Blatt, der „Westf. Merkur", der die plötzliche Sinnesänderung der Regierung auf den Dualismus Caprivi-Miquel zurückführt. „Der Zwiespalt zwischen der preußischen und der Reichsregierung," bemerkt das Centrumsorgan, „tritt jetzt in der schärfsten Form hervor. Es ist nicht mehr Herr Miquel allein, der dem Reichskanzler Schwierigkeiten schafft, sondern er scheint den preußischen Ministerpräsidenten und die Mehrheit des Kollegiums auf seiner Seite zu haben. Wenn Graf Caprivi sich von der preußischen Regierung seine Politik gegenüber der sozialdemokratisch-anarchistischen Gefahr korrigiren läßt, so büßt er mehr an seiner Autorität ein, als sein Amt ertragen kann. Schon aus Anlaß seiner bisherigen Reibereien mit Herrn Miquel haben wir ihm gerathen, sein Entweder — Oder zu stellen. Nach dieser Wendung der Dinge ist es unbedingt nöthig, daß eine Entscheidung der Krone herbeigeführt wird. Ein solcher Dualismus ist unerträglich." „Wir möchten bitten," sagt dagegen ärgerlich das Organ Leo Sonnemann's, „uns mit solchen Phrasen zu verschonen; der angebliche ‚Dualismus', auf den sie sich gründen, ist lediglich ein Phantasiegebilde und nicht einmal ein schönes. Wer bestimmt in Preußen über die Tendenz der Politik, wer beschließt dort über Gesetzesvorlagen, die an den Landtag zu bringen sind? Das Ministerium unter Genehmigung des Kaisers. Und wer bringt im Namen Preußens Gesetzentwürfe für das Reich an den Bundesrath und an den Reichstag? Dasselbe Ministerium unter Genehmigung desselben Kaisers. In diesem Ministerium hat für die Angelegenheit Preußens wie des Reiches der Reichskanzler in gleicher Weise Sitz und Stimme, eine besondere Stellung und Macht in Reichssachen besitzt er nicht, er hat im Bundesrathe die preußischen Stimmen nach der vom Kaiser gebilligten Entscheidung der Mehrheit des Ministeriums abzugeben. Wie ist da ein Dualismus möglich? Wer von einem solchen sprechen wollte, würde die unsinnige Behauptung aufstellen, die preußische Regierung wolle für Preußen das Vereins- und Versammlungsrecht so zuschneiden, daß es der sozialistischen Propaganda gegenüber als Waffe dienen könne, aber es wolle ein Gleiches nicht für das Reich. Die Trauben hängen eben im Reiche zu hoch, das ist die richtige Lösung des scheinbaren Widerspruches."

Es liegt nicht der mindeste Grund vor, aus Anlaß der Absicht der preußischen Regierung, die Bahn einer wirksamen Bekämpfung der Sozialdemokratie zu beschreiten, einen Gegensatz zwischen dem Reichskanzler und seinen preußischen Ministerkollegen zu konstruiren. Die Wirkungen der Caprivi'schen Politik waren zwar bisher derartige, daß es den Anschein erwecken konnte, als stehe der Reichskanzler in seinem Verhalten zur Sozialdemokratie thatsächlich auf dem rein manchesterlichen Standpunkte des Gewährenlassens, wie er von der bürgerlichen und klerikalen Demokratie vertreten wird; aber seine eigene persönliche Auffassung, die er wiederholt, besonders im Beginne seiner Thätigkeit als Leiter der Reichs- und der preußischen Politik, in fast programmatischer Weise bekundet hat, steht im direkten Widerspruch zu der passiven Haltung, die er in Wirklichkeit gegenüber den revolutionären Agitationen der Sozialdemokratie eingenommen hat. In der Reichstagssitzung vom 27. Februar 1891 nannte der Reichskanzler den Kampf gegen die Sozialdemokratie die ernsteste Frage unserer Zeit, eine Frage, deren Erledigung des Schweißes der Edelsten werth sei. Alle diejenigen Maßregeln müßten ergriffen werden, die sich im Laufe der Zeit als geeignet herausstellten, der Sozialdemokratie entgegenzutreten, sei es, daß man ihr den Boden unter den Füßen wegzöge, sei es, daß man in offenen Kampf mit ihr eintrete. In der nächsten Sitzung wiederholte er die Versicherung, daß er der Gefahr der Sozialdemokratie „ganz ernst" in's Auge sehe. Es würde nur eine praktische Bethätigung dieser Ansichten sein, wenn sich endlich Graf Caprivi entschlossen hat, die Mittel in Erwägung zu ziehen, die erfolgreich zur Niederhaltung der Umsturzpartei in Anwendung gebracht werden können. Von einem Dualismus Caprivi-Eulenburg in der Frage der Bekämpfung der Sozialdemokratie kann mithin nicht die Rede sein, man müßte denn annehmen, daß der Reichskanzler seine ursprüngliche, von der gesammten nationalgesinnten Bevölkerung getheilte Auffassung von der Gefährlichkeit der Sozialdemokratie inzwischen aufgegeben habe. Dagegen spricht ja aber gerade die Thatsache, daß man in Berlin an maßgebender Stelle gewillt ist, die Initiative zu einer thatkräftigen Abwehr der revolutionären Bewegung zu ergreifen. Die Befürchtung, daß die verschärften Bestimmungen des preußischen Vereins- und Versammlungsrechtes nicht blos gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen andere Parteien angewendet werden möchten, kann nur von Denen ernstlich getheilt werden, die das Bewußtsein besitzen, daß sie sich bei ihren Agitationen ähnlicher demagogischer und verhetzender Mittel bedienen, wie die anarchistisch-sozialdemokratische Propaganda. Die „Post" nennt diese als unwillkürliche Selbstkritik sehr bezeichnende Befürchtung nicht ganz unbegründet. Das einfachste Mittel liege aber so sehr nahe: man brauche eben blos demagogische Agitationen zu unterlassen, um sicher zu sein, daß die Schärfe des Gesetzes sich allein gegen die Sozialdemokraten wende. Hätte die geplante Aenderung des preußischen Vereinsrechtes die Nebenwirkung, demagogischen Agitationen außerhalb der Sozialdemokratie einen heilsamen Zügel anzulegen, so wäre dies, bemerkt mit Recht das freikonservative Organ, vom Standpunkte des Patrioten sicher nicht zu bedauern.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 9. August.

Berlin. Mehrere Zeitungen hatten mitgetheilt, daß die Begnadigung der wegen Spionage verhafteten französischen Offiziere, welche ihre Strafe in der Festung Glatz verbüßten, infolge der Vermittelung des Jesuitenpaters Nix stattgefunden habe. Diese Angaben entsprechen, wie im „Reichsanzeiger" erklärt wird, nicht der Wahrheit. — Auf Grund des preußischen Rentengütergesetzes von 1891 waren Ende 1893 5555 Rentengüter mit 56,265 Hektar Flächeninhalt eingerichtet. Zur weiteren Austheilung standen am 1. Januar 1894 der Generalkommission rund 140 Hektar zur Verfügung.

Berlin. Der „Voss. Ztg." zufolge hat das Auswärtige Amt sich nicht blos mit der Frage, wie auf diplomatischem Wege Griechenland zur Erfüllung seiner internationalen Verpflichtungen gezwungen werden könne, eingehend beschäftigt, sondern es hätten auch Verhandlungen zwischen den Regierungen zu Berlin, London und Paris wider eine gemeinsame diplomatische Aktion stattgefunden. Es seien bei diesen Verhandlungen zwischen den Kabinetten zu Berlin und Paris keinerlei Differenzpunkte hervorzuheben. Diese beiden Kabinette seien vielmehr zu einem gemeinsamen diplomatischen Eingreifen fest entschlossen. Vorbedingung solchen Eingreifens sei, daß zuvor unter den drei Gläubigerausschüssen eine Einigkeit erzielt worden sei und diese festformulirte Anträge an die Regierungen haben gelangen lassen. Die Verhandlungen mit dem Londoner Kabinet hätten darnach noch zu keinem Ergebniß geführt.

München. Den „Münch. Neuest. Nachr." wird versichert, daß der bayrischen Regierung eine Mittheilung über einen neuen Entwurf zur Reform der Reichsmilitärjustiz zugegangen ist.

Trier. Ein umfangreicher Reblausherd wurde bei Groß-Hemmersdorf a. d. Saar entdeckt.

Rostock. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin dementirt persönlich in einem Telegramm an den „Rostocker Anzeiger" die Meldung, wonach Großfürst Michael Nikolajewitsch, der Vater der Frau Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin, sich mit Prinzessin Viktoria von Wales verheirathen wolle.

Straßburg i. E. Der hiesige Dombaumeister Schmitz ist nach längerer Krankheit in Baden-Baden gestorben.

Bochum. Die Generalversammlung des Evangelischen Bundes nahm eine Resolution an, in welcher das deutsch-evangelische Volk aufgefordert wird, sich an der 300jährigen Feier des Gustav-Adolph-Gedenktages zu betheiligen.

Wien. Das Organ des obersten Sanitätsrathes des österreichischen Sanitätswesens hebt hervor: In Oleszyzki (Ostgalizien) habe sich infolge der Einschleppung der Cholera aus Podolien ein Epidemieherd gebildet, wie es in dem Maße in keinem der beiden vorangegangenen Jahre geschehen sei. Vom 5. Juli bis zum 4. Aug. erlagen der Epidemie 270 Personen, also 5 Prozent der Bevölkerung. Das Centrum der Epidemie befindet sich jetzt in dem von der Eisenbahn nicht durchzogenen und daher vom großen Verkehr abseits gelegenen Gebiet des Dniestr. Für Westgalizien ist die Hoffnung vorhanden, daß es bald gelingen werde, die Epidemie endgiltig zu bewältigen. In der Bukowina wurde durch die getroffenen Maßregeln erlangt, daß die Krankheit bisher keinen Boden faßte. Die Vorsichtsmaßregeln werden überall auf das Strengste gehandhabt, besonders der Reiseverkehr wird vollständig überwacht. Ein Fall von Choleraverschleppung aus Galizien nach anderen Ländern Oesterreich-Ungarns ist bisher nicht vorgekommen.

Reichenberg. Das Schwurgericht verurtheilte den Sozialistenführer und verantwortlichen Redakteur des „Textilarbeiter" Josef Schiller wegen Herabwürdigung der katholischen Kirche durch Artikel im „Textilarbeiter" zu 2 Monaten strengen Arrest.

Paris. Die gefaßten Einbrecher gestanden, mit drei Komplizen, wovon einer heute verhaftet wurde, 11 Geldschrankeinbrüche, darunter denjenigen in einem Pfandgeschäft, begangen zu haben. Die werthvollen Pfänder wurden größtentheils in den Wohnungen der Verhafteten vorgefunden.

Paris. Der „Figaro" bringt Enthüllungen über die vorjährigen Verhandlungen des Ministerpräsidenten Dupuy mit der „Cocarde" und der „Libre Parole" betreffs des seinerzeit erwähnten Skandals der Schriftenfälschungen. Der Verfasser des Artikels will in einigen Wochen eine Broschüre über die damaligen ministeriellen Intriguen veröffentlichen.

Paris. Anarchistenprozeß. Der Staatsanwalt beantragte, die ganze Strenge des Gesetzes gegen die Angeklagten anzuwenden, welche die wahren Urheber aller Attentate seien.

Catania. Bei dem Erdbeben in der Gegend des Aetna wurden 13 Personen getödtet und 29 verwundet. Die Behörden treffen Maßnahmen zur Verhütung weiterer Unglücksfälle durch einsturzdrohende Gebäude.

Marseille. Der Munizipalrath nahm eine Resolution an, durch welche der Maire aufgefordert wird, bei den zuständigen Behörden die Aufhebung der von fremden Staaten über Provenienzen aus Marseille verhängten Quarantäne-Maßnahmen zu erwirken, da der Gesundheitszustand in Marseille befriedigend sei.

Mailand. Der Bürgermeister von Caserio's Geburtsort erhielt abermals ein von einem anarchistischen Komitee zu Ravenna unterzeichnetes Schreiben, worin die Anarchisten aller Länder die Familie Caserio begrüßen und sie davon benachrichtigen, daß Caserio gerächt werden würde. Es seien bereits drei Genossen ausgeloost, die den Präsidenten Casimir-Perier, den Ministerpräsidenten Crispi und einen italienischen Polizeidirektor tödten würden. Der anarchistische Bund zähle 1 Million Arbeiter zu seinen Mitgliedern, wobei die Anarchisten Rußlands noch gar nicht mit eingerechnet seien.

Madrid. Die Regierung traf geeignete Maßregeln gegen die heimlichen Spielhöllen und schloß eine große Zahl derselben.

Basel. Der internationale Tabakarbeiter-Kongreß trat für die Gleichberechtigung der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung auf und wählte Antwerpen zum Vorort des Verbandes und London zum Ort des nächsten 1896 abzuhaltenden Kongresses.

Amsterdam. Heute kamen 5 Choleraerkrankungsfälle vor, davon verlief einer tödtlich. Im Ganzen erkrankten bis jetzt 8 Personen, 4 Personen sind gestorben. In Maastricht sind 3 Personen an der Cholera erkrankt; in Vorsingerhorn kam 1 Choleratodesfall vor.

London. Nach einer Tientsiner Depesche der „Times" sind die Anstrengungen Englands und Rußlands, eine friedliche Beilegung des Streites zwischen China und Japan herbeizuführen, erfolglos geblieben. China will die Oberhoheit über Korea nicht aufgeben und es sei infolge des aggressiven Vorgehens Japans nicht länger geneigt, über die Frage von Reformen in Korea zu unterhandeln.

London. Seitens der hiesigen japanischen Gesandtschaft wird mitgetheilt, daß in Söul, wo jetzt ein Regent eingesetzt ist, vollkommene Ruhe herrscht. Die Japaner halten das frühere Hauptquartier der Chinesen bei Asan fest. Nach dem siegreichen Gefecht vom 29. Juli und den damit verbundenen Operationen fanden keine weiteren Treffen statt, vielmehr herrscht seit dieser Zeit Waffenruhe in ganz Süd-Korea; der größte Theil der chinesischen Truppen ist vollständig zerstreut. Auch die vorher gemeldete angebliche Niederlage der Japaner hat sich nicht bestätigt.

Petersburg. Hier geht das Gerücht, zu den Hochzeitsfeierlichkeiten im kaiserlichen Palast habe die Polizei außerordentliche Vorsichtsmaßregeln getroffen, da der Czar am Morgen des Hochzeitstages seiner Tochter drei anonyme Drohbriefe auf seinem Tisch gefunden habe.

Petersburg. Das Departement für Handel und Manufaktur bezeichnet im „Regierungsboten" das im Ausland verbreitete Gerücht, daß in Nischny-Nowgorod die Cholera ausgebrochen sei, für unbegründet, weder in der Stadt, noch auf der Messe sei irgend eine Erkrankung an der Cholera beobachtet worden. Der Besuch der Messe sei in diesem Jahre zahlreicher als im Vorjahre.

Reval. Ein furchtbarer Sturm hat auf dem Peipussee großes Unheil angerichtet. Dreizehn mit Brenn- und Bauholz beladene Lodjen wurden zertrümmert, wobei die Insassen, über 30 Personen, größtentheils umgekommen sind.

Pfund's sterilisirte (keimfreie) **Kindermilch.** Trockenfütterung
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.